



M B I

Rück- und Ausblick von 2014 auf 2015:

**Die Welt im Taumel,
das Ruhrgebiet im Abschwung und
Mülheim eine Insel? Von wegen!**

Schwerwiegende Probleme haben sich aufgetürmt in Mülheim/Ruhr: Die Innenstadtkrise, schlimmer als selbst in allen anderen Ruhrgebietsstädten, auch als Folge von Ruhrbania, ebenso die missratene Verkehrsführung, dazu ein perspektivloses ÖPNV-Konzept trotz jahrelanger Dauerdiskussion und über allem eine mehr als hoffnungslose Haushaltskatastrophe, nicht zuletzt durch die viel zu engen Bindungen an das stark kriselnde RWE, leider noch fataler als bei allen anderen RWE-Städten. Doch anscheinend wollen die Mülheimer Verantwortlichen sich durch nichts vom Kurs abbringen lassen. Gesundheitsbetriebe, immer neue Projekte, immer neue Baustellen markieren die Flucht nach vorne trotz der vielen Scherbenhaufen und kaum noch lösbaren, selbst erzeugten Probleme.

Keine Wahlen, keine Realitäten und auch die sogar bilanzielle Überschuldung konnten auch nur kleinste Kurskorrekturen bewirken. Wer das anders will, ist ein Nein-Sager, Populist, Miesmacher oder ein gar bösartiger „vorsätzlicher“ Störer. Gemeint sind meistens die MBI, denen per Strafanzeige, öffentlicher Diffamierung, Ausgrenzung usw. „die rote Karte“ gezeigt werden müsse (Zitat Wiechering). Demokratie findet in Mülheim kaum noch statt, sondern häufig ein unwürdiges Schmierentheater als intellektuelle Dauer-Beleidigung. Dabei müssten selbst die in 2014 bedrohlich zugespitzten weltweiten Konflikte oder die schwelende EU-Krise und nicht zuletzt der rapide sich beschleunigende Abstieg des Ruhrgebiets zum Nach- und Umdenken führen! Doch Fehlannonce und „Weitermachen wie gehabt“, denn 2015 sind OB-Wahlen. Die sind zwar überflüssig wie ein Kropf, doch alleine dafür werden die Realitäten ignoriert und wird weiter Chaos produziert.

Die Grenzen des Wachstums und des globalen Neo-Liberalismus wurden in 2014 bedrohlich deutlich! Sie rücken auch dem reichen Mülheim immer näher!

In vielen Ländern der Erde herrschen geradezu apokalyptische Zustände, ob Syrien, Irak, Libyen, Haiti, Nordnigeria, Somalia, Afghanistan, Pakistan, der zentralafrikanische Republik u.a.. Das bedroht zunehmend auch die fragile Weltwirtschaft, die zudem durch die nicht enden wollende Ukraine-Krise, Ebola und riesige Flüchtlingsströme belastet wird. Hinzu kommen problematische Niedrigst-Zinsen in USA und EU sowie die nicht mehr zu leugnende Klimaveränderung auf allen Kontinenten mit immer häufigeren schwersten Wirbelstürmen, Unwettern und zunehmenden Starkregen auch in Mitteleuropa, Dürren, Überschwemmungen und Hungersnöten in Serbien. Dem global weiterhin exponentiellen Bevölkerungswachstum steht eine noch schnellere Überausbeutung der Ressourcen gegenüber, ob Überfischung der Meere, wachsende Wüsten, Erschöpfung oder Verschmutzung vieler Wasserreserven, das Schmelzen der Gletscher und Polarkappen usw.. Alle internationalen Konferenzen dazu blieben aber bisher ergebnis- und folgenlos.



Die Weltlage hat sich in 2014 in rasantem Tempo dramatisiert, die Menetekel am Himmel sind bereits übergroß, Folgeerscheinungen wie Flüchtlingsströme und Völkerwanderungen unübersehbar.

Auch die EU kriselte 2014 gehörig: Auflösungstendenzen wichtiger Staaten wie Großbritannien, Belgien oder Spanien und trotz aller Gegenbetreibungen weiterhin eine ungelöste Euro-Krise, solange auch große Staaten wie Frankreich oder Italien sich nicht erholen, von den Pleiteländern ganz zu schweigen, z.B. das Dauerchaos in Bulgarien und Rumänien oder die griechische Tragödie im nächsten Akt und wieder mit ungewissem Ausgang. **All das scheint im offiziellen Mülheim weit weg, wie auf einem anderen Stern, obwohl sich auch hier die Lage zuspitzt mit den drohenden großen Arbeitsplatzverlusten bei RWE, Tengermann, Röhrenwerke, Siemens, Brenntag usw.. Hier beschäftigt man sich lieber mit Diskriminierung von Kritikern!**

Die schwerwiegendste Krise im gebeutelten Mülheim ist der bedenkliche Niedergang der Demokratie. Die Verwaltung hat sich weitgehend verselbständigt, der Rat ist verkommen zu einem Abnickerverein auf intellektuell meist beschämendem Niveau und die lokalen Medien sind oft sehr auf Gesundbeterei und Weichspülen aus. Zur Erinnerung an die erschreckenden Auflösungserscheinungen Mölmscher Demokratie in 2014:

Kommunalwahlen Ende Mai 2014: MBI verloren 2 Sitze im Rat, erzielten aber ein gutes Ergebnis trotz widriger Umstände

Die Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl 2014 in Mülheim/Ruhr sackte von 51,9% in 2009 erneut weiter ab auf nur noch 50,4%. Das größte Manko aber war, dass der/die Oberbürgermeister/in in Mülheim nicht gewählt wurde, weil Frau Mühlenfeld den Verzicht auf 1 geschenktes Jahr als OB kategorisch ausgeschlossen hatte. Zur Wahl traten im Vergleich zu 2009 zwei zusätzliche Parteien (AfD und Piraten) und 3 zusätzliche Wählergruppen an. Trotz der zersplitterten Parteienlandschaft konnten die MBI über 10% der Stimmen erringen, aber ca. 1,5% weniger als 2009, mit 6666 leider 1250 weniger Wähler/innen. Bei 5 zusätzlichen „Konkurrenten“ ist das dennoch ein gutes Ergebnis, denn Piraten+4 Wählerbündnisse erhielten zusammen 2751 Stimmen und die AfD auf Anhieb sogar 3469.

Von entscheidenderem Nachteil für die MBI aber war es, dass WAZ und NRZ anders als bei allen Wahlen zuvor auf die Vorstellung der einzelnen Wahlkreiskandidat/innen verzichtet hatten, wohl auch wegen der unübersichtlichen Fülle. Das nahm den MBI die Möglichkeit, ihr Programm in vielen Einzelpunkten in die Presse zu bekommen. Genau das unterschied sie zuvor von den Parteien mit deren typisch hohlen Phrasen.

Dennoch: **Die widrigen Umstände für die rein kommunale Wählergemeinschaft MBI im äußerst flachen Wahlkampf, zu allem Überfluss auch noch zusammen mit der Europawahl, waren groß bei der Vielzahl der Parteien und Listen und gleichzeitig recht feindlichem Umfeld der lokalen Medien inkl. der WDR3-Lokalzeit aus Essen, welche die MBI schneiden, seit diese 2004 und 2009 jeweils 3.-stärkste Kraft im Rat geworden waren!**

Es gab unverhältnismäßig viele Beschwerden nach dieser Kommunalwahl z.B. über vorenthaltene Stimmzettel für Briefwähler oder im Vorab-Wahlbüro u.ä. . Doch im Wahlprüfungsausschuss erklärte die Mehrheit von SPCDFUGrüne die Kommunalwahl in Mülheim für gültig. Über die zahlreichen Unstimmigkeiten, insbesondere bei Briefwahl und im Rathausbüro, wollte die Mehrheit nicht reden und den MBI-Antrag, die Briefwahlunterlagen neu auszuzählen, stimmten sie nieder! Was interessiert schon verlorenes Vertrauen von Wählern? Anfangs berichteten die Medien noch über Beschwerden. Als es um Konsequenzen ging, schwiegen sie aber vollständig.

Die MBI hatten den Medien vor den Wahlen den Punktecatalog auf S. 3 überreicht mit Vorschlägen, was aus MBI-Sicht vorrangig im neuen Rat behandelt werden müsse. Auch das war keiner Zeitung, Radio oder Fernsehen nur eine Silbe wert. Ohne z.B. die vor der Wahl geheim gehaltenen Ereignisse zum Fallwerk Jost zu kennen, hatten die MBI zu Speldorf vorgeschlagen, mit allen Beteiligten ein Nachnutzungskonzept für das zentrale heutige Fallwerksgelände zu erarbeiten, s.u.. Wie in vielen Punkten lagen die MBI auch dabei richtig, wurden aber einfach ignoriert. Genauso wenig wussten die MBI, dass bereits vor der Wahl intensiv an einer Bewerbung mit dem VHS-Gelände für die Sparkassenakademie gearbeitet wurde. Die Forderung nach einer Bestandsgarantie für die VHS war also hochaktuell, wie sich kurz nach den Wahlen zeigte. Ähnlich war es mit der erschreckend dilettantischen Baustellenplanung rund um die Innenstadt. Klöttschen-Ausbau, Niederlegung Hochstr. Tourainer Ring und gleichzeitig Rumbachkanalsanierung mit Dickswall-Sperrung, ein Irrsinn! Weil niemand vor den Wahlen auf die MBI-Forderungen eingehen wollte, entwickelte sich das ganze völlig chaotisch, aber dennoch im MBI-Sinne über Klagen des Forum und Verweigern der Fördermittel durch das Land.

Verkehrsgesellschaften vereinigen

Kosten sparen

Angebot verbessern



Mülheimer BürgerInnen

MBI

wählen

Tourainer Ring: Hochstraße stehenlassen

Nicht noch mehr Verkehrschaos und Verschwendung!



Mülheimer BürgerInnen

MBI

wählen

Sanierung des Haushalts

Schluss mit Ruhrbania

RWE-Aktien eintauschen

Ruhrstadt jetzt!



Mülheimer BürgerInnen

MBI

wählen



Die schöne und reiche Stadt Mülheim ist finanziell ziemlich an die Wand gefahren und städtebaulich vermurkst! Hätte man nur früher auf die MBI gehört oder wenigstens nach den Wahlen deren Forderungen (s.u.) aufgegriffen. Nahezu immer haben die MBI richtig gelegen. Das aber interessiert in Mülheim selten.

MBI-Vorschläge für die erste Zeit nach den Kommunalwahlen

Zur notleidenden Innenstadt

- ◆ Beschluss zur Beendigung der Planung für die Ruhrbania-Baufelder zwischen Eisenbahn- und Nordbrücke und Einleitung eines Änderungsverfahrens für den gesamten B-Plan "Ruhrpromenade – Innenstadt I 31" (inkl. Kaufhof ...).
- ◆ Abspecken des Irrsinns-Baustellenprogramms, das ab Herbst in großem Stil anlaufen sollte: d.h. u.a. Beschluss über ein unbefristetes Moratorium für Ruhrbania Baulos 3 (Abriss der Hochstr. Tourainer Ring und 2-Ri-Verkehr Klöttchen).
- ◆ Einführung der Parkscheibenregelung für weite Teile der Innenstadt und wieder kostenloses Parken auf dem Stadthallenparkplatz.
- ◆ Grundsatzbeschluss über Anwohnerparken und Teilfußgängerzone in der Altstadt.

Zu Speldorf

- Einrichtung einer Arbeitsgruppe noch vor den Sommerferien aus Vertretern des Rates, der Verwaltung, der IGS Speldorf, mit tenBrinke und ggfs. Rewe zum geplanten Umbau des Speldorfer Depots.
- Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Entwicklung eines Nachnutzungskonzepts für das Fallwerk Weseler Str., damit eine Verlagerung in Zukunft auch für den Firmeninhaber überschaubarer wird. Teilnehmer: Vertreter von Verwaltung, Rat, RP und der Firma Jost sowie, wenn möglich, der heutigen Anwohner und der Hochschule.

Zur ÖPNV-Zukunft

- √ Beschluss des Rates, das inzwischen 5.(!) ÖPNV-Gutachten in kurzer Zeit zu stornieren und Verwaltung und MVG zu verpflichten, sich schnellstmöglich mit Duisburg, Oberhausen und Essen an einen Tisch zu setzen mit dem Ziel, eine gemeinsame Strategie für die Zukunft des ÖPNV im westlichen Ruhrgebiet zu entwickeln.

Zur Volkshochschule

- Beschluss über eine Bestandsgarantie für die VHS an der Bergstraße.

Zur Haushaltskatastrophe

- ◆ Ratsbeschluss den Kämmerer zu verpflichten, im 1. Rat nach den Sommerferien einen transparenten Haushalt mit Kassensturz vorzulegen.
- ◆ Aufnahme von Verhandlungen mit dem RWE mit dem Ziel des Tauschs von Aktien gegen RWW-Anteile.



Fast alle für das obige Sofortprogramm notwendigen Anträge hatten die MBI bereits in der Vergangenheit gestellt. Die Anträge wurden leider meist weggestimmt oder auf die lange Bank geschoben oder durch SPD/CDU-Antrag derart verwässert, dass wenig Substanz übrig blieb. Dieses Mal wollten die MBI mehr erreichen. Deshalb gingen sie sofort nach der Wahl auf die SPD zu, um als erstes den versprochenen gemeinsamen Antrag zum Anwohnerparken in der Altstadt zu stellen. Dieser fand eine Mehrheit gegen Grüne und CDU, so dass die unwillige Verwaltung das demnächst umsetzen muss. Das aber blieb eine Ausnahme, weil alsbald das unselige Vorhaben, das VHS-Gelände für eine Sparkassenakademie zu vermarkten, die MBI als Gegner völlig isolierte. Unabhängig davon waren alle 4 Ratssitzungen seit der Wahl von erschreckender Ratlosigkeit geprägt oder den peinlichen Diffamierungskampagnen gegen Vermeulen und die MBI. Andere Themen als die VHS-Vermarktung waren nicht diskutabel, wie u.a. der MBI-Antrag, die Fallwerkverlagerung für verkehrliche Verbesserungen in Speldorf zu nutzen, oder zur unverständlichen Dammwild-Tötung am Witthausbusch oder zum Baustellen-Irrsinn oder zum Korruptionsnetzwerk um Rinas oder Darüber zu reden war fast immer unerwünscht! Auch zur Haushaltskatastrophe, zum ÖPNV-Dilemma, zur Flughafen-Zukunft usw..... fast nur Wiedergekäutes wie seit Jahren ohne Berücksichtigung aktueller Ereignisse wie z.B. dem Bottroper Bürgerentscheid von Ende Juni, wonach Schwarze Heide als Flughafen ausgebaut werden wird.

20115 Weitermachen wie gehabt? Ist Mülheim noch zu retten?

3 Beispiele aus Dez. 2014 sind bezeichnend für die mehr als ernste und bedrohliche Lage der Stadt Mülheim:

- 1.) **RWE wird keine garantierte Dividende für 2 Jahre geben, wie es die Städte, nicht zuletzt Mülheim, gefordert hatten und im Aufsichtsrat durchsetzen wollten. Der Kurswert der RWE-Aktie sackte dagegen noch weiter ab auf unter 20 €/Aktie**
- 2.) **Angeblich überraschend offenbarte der Ringlokschuppen ein Finanzloch von ca. 430.000 € .**
- 3.) **Die Sparkassenakademie kommt nach Dortmund, nicht statt VHS oder Kaufhof in Mülheim**

Zu 1.) Die extreme RWE-Abhängigkeit reißt die Stadt noch schneller in den Abgrund

Die schwere Krise des RWE trifft Mülheim gleich mehrfach: Niedrige oder keine Dividende für die knapp 10 Millionen städtischer RWE-Aktien gefährden die gesamten Nebenhaushalte der BHM und ihrer Töchter sowie die Stiftungen, hauptsächlich die Stinnes-Stiftung, die an vielen Stellen und bei etlichen Projekten originäre Aufgaben der Stadt übernommen hat. Letztendlich wird der bereits überschuldete Kernhaushalt die Millionenlöcher durch den Einbruch der Aktiengewinne bei BHM und Stiftungen ausgleichen müssen. 2011 gab es 3,50 € pro Aktie, 2013 war es nur noch 1 € und für 2014 wird es wahrscheinlich noch weniger.

Die RWE-Aktien sind das mit weitem Abstand größte Vermögen der Stadt, das auch mobilisierbar wäre etwa zur Schuldentilgung. Als sie noch Wert hatten, weigerte sich unsere Stadt, anders als z.B. Gelsenkirchen, zu verkaufen. Nun weigert sie sich, weil der Kurs so niedrig ist. Genau deshalb ist die Stadt auch bilanziell überschuldet, weil bei der nun vorgeschriebenen Berücksichtigung des realen Kurses, und nicht des Höchstwertes aus 2007, die Bilanz der Stadt mit einem Federstrich am 31. März um 468 Mio. € ärmer war. **Das RWE wird so schnell nicht mehr aus dem Abwärtstrend heraus kommen können, doch Mülheim hält weiter an den Aktien fest und gerät dadurch noch mehr auf Schleuderkurs.**

Zu 2.) Die Kommune als Selbstbedienungsladen und Misswirtschaft in Serie?

Der Ringlokschuppen war schon vor Jahren wegen mangelhafter Rechnungsführung im Gespräch. Dann folgten angeblich Änderungen inkl. eines neuen Beirats und nun wie der Blitz aus heiterem Himmel das Eingeständnis, man habe abgewirtschaftet.

Erst fehlten 430.000 Euro, wenig später sogar über 600.000 Euro!

Wie nur konnte sich auch bei dem Beispiel Misswirtschaft derart lange einnisten?

Der Schuppen musste dann mit Landeshilfe, aber auch mit Geldern des



überschuldeten städtischen Haushalts vor dem Aus bewahrt werden, weil seine kulturelle Bedeutung weit über die Stadtgrenzen hinaus unverzichtbar ist. Alles wäre halb so schlimm, wenn der Ringlokschuppen ein Einzelfall in Mülheim wäre. **Doch die Liste von Misswirtschaft, Verschwendung und Selbstbedienung in Mülheim des letzten Jahrzehnts ist nahezu endlos** von MEG, insbesondere der Vergärungsanlage, JSG, Feuerwache, Ruhrstadion, teure Sanierung des Restrathauses mit versteckter Rotunde, das schiffslose Hafenbecken, der zerstörte Brückenkopf Nordbrücke, der in kurzer Zeit mehrfach gebaute Linksabbieger von der Friedrichstr. zur Schlossbrücke und, und, und ... **bis zuletzt das nebulöse „Korruptionsnetzwerk“ um Geschäftsführer Rinas, wobei Fehlverhalten und Millionenverluste der Alteneinrichtungen durch seinem Vorgänger Mühlenbeck ebenso immer noch unaufgeklärt sind.**

Zu 3.) Die unfassbare Dummheit und Dreistigkeit mit dem Versuch der VHS-Vermarktung

Der für die VHS zuständige Dezernent Ernst schrieb in einem entlarvenden Brief an über 2000 protestierende Bürger zur VHS-Zukunft u.a.: „Sollte Mülheim den Zuschlag für die Sparkassenakademie erhalten und dabei der Standort Bergstraße ausgewählt werden, muss kurzfristig für ca. 2-3 Jahre eine Interimslösung und dann ein endgültiger Standort für die VHS gefunden werden.“ Also: Ersatzlösungen gab es im Dez. immer noch nicht, weder für eine Interims-, noch für eine endgültigere VHS! Der Bau der Akademie, die bereits 2017 bezugsfertig sein muss, hätte aber mit VHS-Abriss in 2015 starten müssen. Dabei ist die VHS noch in vollem Betrieb. Sie hätte also im Fall des Zuschlags für die Akademie kurzfristig irgendwo zwischengelagert werden müssen, bis ein neues zentrales Gebäude gefunden oder gebaut würde. Mögliche Kosten für Zwischen- und Endlösungen ebenfalls Fehlannonce, weil ja noch (Zitat) „gefunden werden“ musste!

Das war hochgradig abenteuerlich. Seriöse Planung sieht vollständig anders aus, ganz abgesehen von dem unzumutbaren Umgang, besser Umspringen, mit den VHS-Beschäftigten und Nutzern.

Einlegeblatt doppelseitig

**M ü l h e i m e r
B ü r g e r -
I n i t i a t i v e n** ●

Fraktion in Rat und
Bezirksvertretungen
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr
Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1
45468 Mülheim / Ruhr
Telefon: 0208-3899810
Telefax: 0208-3899811

M B I

e-mail: fraktion@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

**Hoffentlich mehr als nur eine Atempause für unsere VHS!
Wenn nur die Drohung mit direkter Demokratie Teilerfolge
erzielen muss, ist die repräsentative Demokratie am Tiefpunkt!**

Bekanntlich hatte die Stadt Mülheim sich als Stadt für die Sparkassen-Akademie NRW mit 2 Grundstücken Ende Juli beworben. Dem wenig aussichtsreichen ehemaligen Arbeitsamt auf dem Ruhrbania-Restbaufeld VHS-Luftbild und dem sehr attraktiven Gelände der VHS am Rande des MüGa-Parks neben Schloß Broich. Zitat OB Mühlenfeld „Das Beste, was wir haben“.



Gleichzeitig hatte der Mülheimer Immobilienspekulant Hoffmeister sein seit 5 Jahren leerstehendes Kaufhof-Gelände in bester Lage angeboten. Nachdem der Planungsdezernent öffentlich diese Bewerbung als die mit Abstand Sinnvollste dargestellt hatte, setzte eine regelrechte Hetzjagd in lokalen Medien und im Rat gegen ihn ein, bis er schließlich schieg und auch auf alle Ambitionen einer OB-Kandidatur in Mülheim verzichtete, was er nun in Krefeld tut.

Nur die massive und sehr ernst gemeinte Drohung mit einem Bürgerbegehren/-entscheid, d.h. Belebung der stark kriselnden repräsentativen Demokratie vor Ort, konnte die Stadt Mülheim vor einem schweren Fehler und noch mehr Chaos bewahren.

Dortmund erhielt den Zuschlag für die Sparkassen-Akademie: Die Mülheimer Volkshochschule und angrenzende Teile des Müga-Parks bleiben damit fürs erste verschont. Atempause für unsere bedrohte VHS, hoffentlich aber eine baldige Bestandsgarantie!

Leider erhielt auch der Mülheimer Kaufhof nicht den Zuschlag für die Sparkassenakademie. Das wäre für Mülheim die Königslösung gewesen. Es war halt eine Riesendummheit der OB und der Ratsfraktionen von SPD, CDU, Grünen, FDP und AfD, dem seit 5 Jahren leerstehenden Kaufhof-Areal mit dem attraktiven VHS-Gelände Konkurrenz zu machen. Und das, ohne für die VHS auch nur eine richtige Idee für einen Alternativstandort zu haben!

Viele Mitbürger/innen haben sich in den letzten Monaten stark gemacht für den Erhalt unserer VHS und das, obwohl OB, Dezernent Ernst, Grüne und SPD, sowie WAZ und insbesondere NRZ versuchten, jeglichen Widerstand nur auf „Störfeuer“ der MBI zu schieben und damit zu verunglimpfen.

Als könnten die Mülheimer/innen nicht selber denken und würden gerne verschaukelt werden.

Die Vorbereitung eines evtl. nötigen Bürgerbegehrens ist dennoch eindrucksvoll gelungen durch Gründung der BI „Erhalt unserer VHS in der MüGa“. Sowohl in Mülheim, aber auch darüber hinaus, wusste man/frau, dass wir alle zusammen ernst gemacht hätten mit einem Bürgerbegehren/-entscheid. Und der wäre mit großem Erfolg für VHS und MüGa ausgegangen. In Mülheim ist direkte Demokratie ja kein Neuland. Umso bösartiger die Reaktionen insbesondere der SPD über die NRZ: „*ein unsägliches und konstruiertes Störmanöver von Seiten der Bastler und Bedenkenträger. Das war Vorsatz*“ Scholten in NRZ 10.1.15 „**Natürlich**“ ist unsere VHS in der MüGa noch nicht endgültig gerettet. Doch wir haben zumindest Zeit gewonnen und können mit der Bürgerinitiative nun in Ruhe weitere Schritte planen und durchführen.

Mülheim und Meinungsfreiheit wie Feuer und Wasser? Freispruch auch am Landgericht für MBI-Frau

Im Zusammenhang mit der versuchten VHS-Vermarktung gegen Sinn und Verstand und ohne Alternativkonzept für die beliebte Mülheimer Volkshochschule gab und gibt es wüste Beschimpfungen gegen MBI und vor allem deren Sprecher L. Reinhard, mal von Dezernent Ernst, dann von den Grünen und vor allem SPD-Chef Wiechering, der in der NRZ gar die Rote Karte für den MBI-Sprecher forderte. Vor allem die NRZ blies immer wieder ins gleiche Horn mit bösen Hetzartikeln in Folge. Doch stellt die VHS-Saga nur eine von vielen Schikanen, Diskriminierungen und Strafverfolgungsversuchen dar, mit denen die MBI seit Jahren malträtiert werden, weil eine konsequente Opposition in der Mölmschen Demokratur unerwünscht ist. Der Yassine-Kauf, der unsägliche Karikaturenstreit und viele weitere Strafanzeigen sind nur einige Beispiele. In 2014 ging es u.a. um das beschämende Strafverfahren gegen die MBI-Ratsfrau A. Klövekorn.

Am 26. Februar endete die damals bereits 3. öffentliche Verhandlung beim Amtsgericht Mülheim gegen die MBI-Frau Annette Klövekorn wegen angeblicher Beleidigung in der Sitzung der Bezirksvertretung im Juni 2012 im Zusammenhang mit höchst umstrittenen Baumfällungen an der Gracht mit Freispruch. Bereits 9 Monate zuvor musste das Verfahren eingestellt werden, weil nicht einmal geklärt war, wer denn überhaupt beleidigt worden sei. Doch das absurde Verfahren wurde neu aufgerollt mit einem anderen Beleidigten, der zwar selbst nicht in der Sitzung war, doch irgendwie... Am 28.8.14 fand dann die 4. Gerichtsverhandlung zu der leidigen bis peinlichen Geschichte statt, dieses Mal als Berufungsverhandlung beim Landgericht Duisburg gegen den Mülheimer Freispruch. Die Verhandlung dauerte wegen der vielen Zeugenbefragungen 5 Stunden und endete mit einem erneuten Freispruch.



Die Mülheimer Richterin hatte die MBI-Frau freigesprochen, da nicht einmal zu klären war, ob die angebliche Beleidigung nicht auf einem Missverständnis beruhte. Ein städtischer Angestellter hatte eidesstattlich versichert, er habe den Satz „Man weiß doch wie das geht, dann liegt ein Schein`schen im Antrag“ wörtlich so gehört. Dass just dieser Beamte sonst nichts von der Sitzung mitbekommen haben wollte, auch nicht, dass die MBI-Frau bereits in der BV-Sitzung unmittelbar Herrn Beisiegel geantwortet hatte, dass sie nicht gesagt habe, was er verstanden haben wollte, machte ihn wenig glaubwürdig. **Das Landgericht machte zudem deutlich, dass dem amtsinternen e-mail-Verkehr die Vermutung zu entnehmen sein kann, dass ihm von oben die Formulierung nahe gelegt worden sein konnte, so dass er später diese als Realität empfunden habe. Eine wohlwollende Umschreibung für eine sehr bedenkliche Geschichte.**

Von dem beanstandeten Satz war auch nichts im Protokoll vermerkt, was auch Herr Beisiegel nicht beantragt hatte, der sich in der BV-Sitzung auf den Schlips getreten fühlte, woraufhin Frau Klövekorn richtig gestellt hatte, das habe sie doch nicht gesagt. Was genau sie gesagt haben soll, wusste Beisiegel auch nicht und auch ihm war laut e-mail-Verkehr der beanstandete Satz womöglich eher in den Mund gelegt worden. Auch keiner der 10 (!) anderen Zeugen hatte den Satz, der angeblich eine Straftat darstellen soll, in Erinnerung.

Aus all den Gründen heraus konnte auch das Landgericht den Freispruch nur bestätigen.

**Warum nur hat die OB die Strafanzeige gegen Frau Klövekorn gestellt und sie nach der oberpeinlichen 1. „Panne“ im Mai 2013 nicht sofort zurückgezogen?
Schikane um der Schikane Willen auch ohne Aussicht auf Erfolg?**

Doch das Strafverfahren gegen die MBI-Frau ist kein Einzelfall! Im Gegenteil, man denke nur an den Anwohner des Klöttchen, der einen Strafbefehl über 810 € bezahlen musste, weil er auf der Bürgerversammlung zum weiteren Ausbau der ohnehin völlig überlasteten kleinen Straße die Mülheimer Verkehrsplaner als „totale Versager“ bezeichnet hatte (was im Übrigen die Mehrheit der Mülheimer genauso sieht!). Und, und, und ... Natürlich kann und muss man sich fragen, ob das krisengeschüttelte Ruhrgebiet keine anderen Probleme hat als Verwaltungsangestellte und gewählte Volksvertreter zum wiederholten Male mit derartig aufgesetzten Repressionsversuchen zu beschäftigen! Unabhängig davon sollte man bedenken, dass die StA Duisburg eigentlich genug zu tun haben müsste, um z.B. endlich mit den Verfahren zur loveparade-Tragödie zu Potte zu kommen oder alleine die diversen Duisburger Skandale wie Küppersmühle, Landesarchiv usw. zu bearbeiten.